



18. Wahlperiode

Drucksache 18/5367

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend fauler Solarkompromiss der Bundesregierung gefährdet Hessens Solarwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag sieht den Ausbau der Solarenergie als einen wichtigen Bestandteil für die notwendige Energiewende an. Durch den faulen Solarkompromiss der Bundesregierung droht diese wichtige Säule der Energiewende wegzubrechen.
2. Der Landtag begrüßt die hohe Akzeptanz der Solarenergie in der Bevölkerung. Er stellt fest, dass die Photovoltaik-Industrie in Deutschland mit rund 130.000 Vollzeitarbeitsplätzen im Jahr 2010 rund 10 Milliarden Euro zur Wertschöpfung beigetragen hat. Allein im Jahr 2011 wurden durch den Einsatz der Photovoltaik 12,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart.
3. Mit der Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) war von Anfang an eine kontinuierliche Anpassung der Förderung an die Kostenentwicklung für Photovoltaikanlagen geplant. Der Landtag stellt fest, dass die Photovoltaikvergütung in den letzten vier Jahren bereits um 50 Prozent und damit deutlich gesenkt wurde. Der Landtag weist auf die Gefahr hin, dass bei der geplanten überzogenen Kürzung durch die Bundesregierung ein Abwürgen der deutschen Solarwirtschaft droht.
4. Der Landtag befürchtet, dass auch in Hessen Investitionen nicht mehr getätigt werden und dadurch mehrere tausend Arbeitsplätze in der Solarwirtschaft, in Zulieferbetrieben und im Handwerk bedroht sind. Besonders betroffen wären die Photovoltaik-Industrie, das Forschungscluster und das Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien in Nordhessen.
5. Der Landtag erkennt, dass die zunehmende Einspeisung erneuerbarer Energien ins Stromnetz preisdämpfend auf dem Markt wirkt. So hat sich der Preis für Spitzenlaststrom im vergangenen Sommer durchschnittlich um 5 Prozent reduziert. An sonnigen Tagen ersetzt der Solarstrom rechnerisch 15 bis 20 Großkraftwerke. Der Landtag ist bestürzt darüber, dass die Bundesregierung zur Rettung der großen vier Energiekonzerne und deren Großkraftwerken den kalten Ausstieg aus dem Photovoltaikausbau vorantreibt.

6. Für den Landtag hat der Vertrauensschutz für die gewerblichen und privaten Investoren eine hohe Bedeutung. Der Landtag erwartet daher von der Bundesregierung verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren und eine Senkung der Förderung mit Augenmaß.
7. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, sich im Bundesrat gegen die EEG-Novelle zur überzogenen Solarkürzung zu wenden und den Vermittlungsausschuss anzurufen.

Wiesbaden, 6. März 2012

**Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir**